

Ressort: Finanzen

Arbeitgeberpräsident sieht EU-Verfahren wegen EEG mit großer Sorge

Berlin, 20.12.2013, 09:08 Uhr

GDN - Der neue Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer sieht das Beihilfeverfahren der EU-Kommission bei den milliardenschweren Rabatten für energieintensive Unternehmen mit großer Sorge. Wenn die EU dagegen ihr Veto einlege, hätte Deutschland ein grundsätzliches Problem: "Der deutsche Staat sagt etwas zu, darauf beruhen die Investitionspläne von Unternehmen über Jahre hinweg, und dann nimmt Brüssel das wieder weg. Dadurch wird die Rechtssicherheit in unserem Land in Frage gestellt", sagte Kramer der "Süddeutschen Zeitung" (Freitagausgabe).

Die Unternehmen, die mit ihren Konkurrenten im internationalen Wettbewerb mithalten müssten, seien auf Entlastungen beim Strompreis dringend angewiesen. "Hier kann es durchaus noch weitere Ausnahmen geben", sagte Kramer. Für Unternehmen, die einen Konkurrenten im Nachbardorf haben, gelte das natürlich nicht. Hier seien keine Ausnahmen nötig.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-27175/arbeitgeberpraesident-sieht-eu-verfahren-wegen-eeg-mit-grosser-sorge.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com